



"Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen"

Die Hauptschule stärken. Wort der Synode zum Thema Bildungsgerechtigkeit, verabschiedet auf der Tagung in Rummelsberg im November 2006.

Arbeit gehört zur Würde und zur Bestimmung des Menschen. Die Mitgestaltung der Welt bedeutet Teilhabe am Segenshandeln Gottes. Bildung und Ausbildung sind dafür Voraussetzung. Gleichzeitig sind sie wesentliche Elemente einer humanen und zukunftsfähigen Demokratie. Diese Grundbestimmung des Menschen ist gefährdet. Die Armut wächst, die Institution Familie verkümmert, Bildungschancen sind ungleich verteilt, Ausbildungs- und Arbeitsplätze fehlen.

Gerade Schulen werden mit diesen aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Das gilt in ganz besonderem Maße für die Hauptschule. Sie hat den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien und den höchsten Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das Verhaftetsein in der Herkunftsschicht, mangelnde Motivation und schichtenspezifische Sprachdefizite verstärken oft diese Probleme und machen Hauptschülerinnen und Hauptschüler zu Verlierern unseres Bildungssystems. Dennoch: Die Hauptschule ist vielfach besser als ihr Ruf. Sie entlässt viele Jugendliche, die in Lehre und Beruf erfolgreich sind. Als Landessynode danken wir allen engagierten Lehrerinnen und Lehrern und allen, die sich dafür einsetzen, dass die Hauptschule ein Ort des Lernens sein kann.

Trotzdem: Der Reformbedarf ist groß. Viele Jugendliche erleben die Schule als einen permanenten Misserfolg. Im Jahr 2006 verließen in Bayern fast 5 000 Schulabgänger die Hauptschule ohne Abschluss. Das ist eine alarmierende Zahl. Dazu kommt: Erschreckend viele Schülerinnen und Schüler finden keinen Ausbildungsplatz.

Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass junge Menschen Angst haben müssen, von der Ausbildungs- und Arbeitswelt ausgeschlossen zu werden. Die Synode bittet darum, dass die freiwerdenden Mittel aufgrund sinkender Kinderzahlen für Bildungsaufgaben und zur Qualitätsverbesserung im Bildungswesen in den öffentlichen Haushalten verbleiben!

Wir akzeptieren nicht, dass Herkunft und Elternhaus über den Schulerfolg erheblich stärker als in vergleichbaren europäischen Nachbarländern entscheiden. Die Synode fordert deshalb, dass die Situation an den Hauptschulen und der Übergang Schule-Beruf als dringliche gesamtgesellschaftliche und politische Herausforderung begriffen werden. Wir begrüßen, dass Staatsregierung, Parteien und Verbände sich für neue Modelle und Überlegungen geöffnet haben und erhoffen eine zügige Umsetzung.

Dazu gehören insbesondere:

- Ausbau von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen
- Wohnortnahe Schulen im ländlichen Raum
- Ausbau der Schulsozialarbeit und der Schulseelsorge
- Der Ausbau von drei Profilbereichen und die Modularisierung in der Hauptschule.
- Unterstützung von Netzwerken zwischen Schulen und Wirtschaft
- Zusätzliche Supervisionsangebote und Sabbatzeiten für Lehrkräfte
- Weitere Unterrichtsentlastung der Schulleitungen, um den besonderen Herausforderungen an Hauptschulen besser gerecht zu werden
- Stärkung des Religionsunterrichtes als Chance der Wertevermittlung.

Die Landessynode unterstützt alle weiterführenden Initiativen und befürwortet die Idee eines „Hauptschulgipfels“ mit allen Betroffenen, vor allem auch Eltern- und Lehrerverbänden.

Die Landessynode dankt allen Kirchengemeinden, diakonischen und kirchlichen Einrichtungen, die sich dafür einsetzen, ausbildungswilligen Jugendlichen beizustehen.

Dazu gehören z.B. „Patenschaften“ auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, Hilfen zur persönlichen Orientierung, Begleitung und Vorsprache bei Betrieben vor Ort und bei den ersten Schritten in der Arbeitswelt.

Rummelsberg, 30.11.2006